EP-FR-01-062-3

C – Was Frieden schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Änderungsantrag zu EP-FR-01

Von Zeile 62 bis 71:

~~Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden auch militärisch zu verteidigen. Dies können wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn wir unsere Sicherheitspolitik europäisch koordinieren. Dabei bleiben militärische Maßnahmen für uns Ultima Ratio: Wir wollen einen umfassenden Ansatz europäischer Außenpolitik, der die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt rückt – und auf Vorbeugung und zivile Bearbeitung von Krisen und Konflikten setzt. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt der Notwendigkeit vor, Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Wir denken Sicherheit von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik stehen. Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten Sicherheitspolitik ist Teil des europäischen Versprechens.~~

Alle wissenschaftlichen und insbesondere psychologischen Erkenntnisse zeigen, dass Krieg im 21. Jahrhundert keine Lösung mehr sein kann und darf. Vielmehr ist die Gefahr nicht zu übersehen, dass eine Eskalation zum Atomkrieg das Ende der Zivilisation – wie wir sie kennen – führen wird.
Besonders im Fall des Russland-Ukraine-Krieges ist absehbar, dass eine weitere Aufrüstung der Ukraine entweder den Krieg auf etliche Jahre hinaus verlängern oder aber mit zunehmender Dauer des Krieges eine atomare Eskalation immer wahrscheinlicher wird. Eine ungehemmte und ungeprüfte massive Aufrüstung der Ukraine ist nicht zu rechtfertigen. Der Export des Taurus-Abwehrsystems vergrößert die Gefahr der Eskalation ins Unkalkulierbare und droht Deutschland wegen der Programmierungen zur Kriegspartei werden zu lassen. Die Menschen in der EU sind schon jetzt massiv von den Auswirkungen dieses Krieges betroffen, sei es durch Preissteigerungen für Lebensmittel, Mieten und Energie, sei es durch die massiven Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich zugunsten von militärischer Aufrüstung, Waffenhilfe und Unterstützung des Staatshaushalts der Ukraine. Dies verschärft die soziale Spaltung.
Daher muss die Europäische Union unbedingt und schnellstens den Weg einer diplomatischen Lösung einschlagen. Dass dies nicht zulasten der dort lebenden Bevölkerung geschehen kann, ist dabei selbstverständlich. Allerdings sind auch die Interessen der russischstämmigen Ukrainer*innen in ihren Minderheitsrechten angemessen zu berücksichtigen, wie das im Minsker Abkommen vorgesehen war. Faire und überwachte Wahlen könnten diplomatische Lösungen legitimieren.

Nötige redaktionelle Anpassung:
Zeile 72:
Streichen erster Satz: „Dessen Gewicht wiederum …“ bis „… Hoffnung gibt“. Dann weiter mit bisherigem Text: "Das Streben …“

Begründung

Wir Grüne mit unserem bisherigen pazifistischen Anspruch, aber auch wir Europäer*innen, die wir von jeder Eskalation des Krieges hautnah betroffen sein werden, müssen endlich diplomatische Initiativen ergreifen bzw. (die der UN) unterstützen.

weitere Antragsteller*innen

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Peter Meiwald (KV Ammerland); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Waltraud Waidelich (KV Plön); Rainer Albrecht (KV Heilbronn); Ulrike Bues (KV Pinneberg); Sandra Smolka (KV Freising); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Dorothea Martin (KV Barnim); Thomas Mohr (KV München); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Stephan Wiese (KV Lübeck); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Maria Regina Feckl (KV Erding); sowie 35 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.